



Gesellschaft als staatliche Veranstaltung?

ORTE POLITISCHER UND KULTURELLER
PARTIZIPATION IN DER DDR

böhlau

JÖRG GANZENMÜLLER /
BERTRAM TRIEBEL (HG.)



Europäische Diktaturen und ihre Überwindung

Schriften der Stiftung Ettersberg

Herausgegeben von

Jörg Ganzenmüller

Anke John

Christiane Kuller

in Verbindung mit

dem Wissenschaftlichen Beirat

der Stiftung Ettersberg

Gesellschaft als staatliche Veranstaltung?

Orte politischer und kultureller Partizipation
in der DDR

Herausgegeben von
Jörg Ganzenmüller, Bertram Triebel

Redaktion
Katharina Schwinde

BÖHLAU VERLAG KÖLN WIEN

Gefördert durch die Thüringer Staatskanzlei
Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

BUNDESSTIFTUNG 
AUFARBEITUNG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://portal.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Böhlau, Lindenstraße 14, D-50674 Köln, ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA;
Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland;
Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotel,
Brill Schönigh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau,
V&R unipress und Wageningen Academic.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen
bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Werkstatt Depot der Thüringer Waldbahn,
Gotha, 1987. © Fotograf: Ulrich Kneise

Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Korrektorat: Anja Borkam, Jena
Satz: büro mn, Bielefeld
Druck und Bindung: ☉ Hubert & Co. BuchPartner, Göttingen
Printed in the EU

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-412-52165-3

Inhalt

Jörg Ganzenmüller · Bertram Triebel	
Einleitung	7
Jörg Ganzenmüller	
Herrschaft, Partizipation und Vergemeinschaftung	
Perspektiven einer Gesellschaftsgeschichte der DDR	17
Herrschaft als soziale Praxis: Akteure und Formen der politischen Partizipation im SED-Staat	
Sabine Pannen	
Parteileben im Betriebsalltag	
Die SED-Grundorganisation als gesellschaftliche Steuerungsinstanz	43
Bertram Triebel	
Systemloyale Gemeinschaften	
Die Basis der Blockpartei CDU	69
Christian Rau	
Städtische Partizipationsräume und der Wandel der Diktatur	
Wohnraummangel, Kommunalpolitik und Gesellschaft in Leipzig zwischen Mauerbau und Mauerfall	95
Christian Möller	
Umweltschutz und Herrschaft in der DDR	
»Räume des Mitmachens« und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur	119
Engagement für die Gesellschaft: Partizipation am Rande und jenseits des SED-Staats	
Cornelia Bruhn	
Die FDJ-Singebewegung – eine staatliche Veranstaltung?	
Engagement und Entfremdungsprozesse in der Sphäre staatssozialistischer Jugendkultur der DDR	151

Jan Scheunemann

»Uns eint ein neues Heimatgefühl«.

Heimatdiskurs und Heimatmuseen in der frühen DDR 183

Tobias Huff

Wider die atomisierte Gesellschaft

Lokales Umweltengagement und der Kampf um die Öffentlichkeit 207

**Von der staatlichen Veranstaltung zur gesellschaftlichen
Selbstorganisation: Die Kontinuitäten des Umbruchs 1989/1990**

Anja Schröter

Ein ostdeutscher Marsch durch die Institutionen?

Politische Partizipation vom Spät- zum Postsozialismus 239

Jenny Price

Die »Köpfe von gestern«:

Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse im Zuge des Systemwechsels
im Thüringer Raum 1989/1990 255

Autorinnen und Autoren 285

Abbildungsverzeichnis 291

Personenregister 293

Jörg Ganzenmüller · Bertram Triebel

Einleitung

Als die westdeutschen Historiker Lutz Niethammer, Dorothee Wierling und Alexander von Plato im Frühjahr 1987 in der DDR lebensgeschichtliche Interviews führten, sprachen sie auch mit Anna Immermann.¹ Die Mitarbeiterin einer Stadtgärtnerei war eine äußerst engagierte Bürgerin und lebte auf den ersten Blick idealtypisch den allseits bekannten Aufruf zur Mitgestaltung des staatssozialistischen Gemeinwesens »Arbeite mit, plane mit, regiere mit!«.² Immermann war nämlich nicht nur in der SED und in der Gewerkschaft aktiv. Sie verantwortete in ihrem Wohnblock auch die gemeinschaftlichen Arbeitseinsätze, die *Subottniks*, und leitete die Ortsverbände des Demokratischen Frauenbundes und der Volksfürsorge. Wie vorbildlich ihr Einsatz aus Sicht des Staates war, illustrierte ihre Auszeichnung mit dem prestigeträchtigen Karl-Marx-Orden. Dabei waren es weniger politische als soziale Motive, die Immermann antrieben. Sie schätzte an ihren Aktivitäten den menschlichen Austausch und das Gemeinschaftsgefühl in den Gruppen.

Und das ist viel wert, gerade so für'n älteren Menschen, da kommt man mal dahin und da hat man mal da was. Und so sitzt du in deinen vier Wänden, sitzste alleene und grübelst leicht rum. Aber so biste mal da, dann gehste da hin und nimmst am gesellschaftlichen Leben teil, und das ist bei uns viel wert, gerade für uns Ältere.³

Auf ihrer Reise trafen die Forschenden auch Susanne Murowski.⁴ Sie war CDU-Mitglied und in der Kommunalpolitik tätig. Aus ihrer Sicht spielten Parteizugehörigkeit und sozialistische Ideologie vor Ort keine Rolle. Murowski und den anderen Aktiven

1 LUTZ NIETHAMMER/ALEXANDER VON PLATO/DOROTHEE WIERLING: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen. Berlin 1991, S. 329–353. Wie bei allen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Buch ist auch der Name Anna Immermann fiktiv.

2 Die Formel, in früheren Fassungen »Plane mit, arbeite mit, regiere mit!«, fand auch Eingang in die Verfassung der DDR von 1968. Im entsprechenden Artikel 21 heißt es: »Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der sozialistischen Gemeinschaft und des sozialistischen Staates umfassend mitzugestalten. Es gilt der Grundsatz »Arbeite mit, plane mit, regiere mit!« <<

3 NIETHAMMER U. A.: Die volkseigene Erfahrung (wie Anm. 1), S. 343.

4 Ebd., S. 514–532.

ging es vielmehr um die konkrete Entwicklung ihrer Gemeinde. Ein Ergebnis ihrer gemeinschaftlichen Arbeit war der Bau eines Strandbads aus einem Tagebauloch. »Es ist ein Erholungszentrum für Tausende und Abertausende Menschen. [...] Das wurde alles teils durch Firmen und Betriebe, die beauftragt wurden, aber unter großer Mitwirkung der Menschen unseres Ortes, auch der Betriebe gestaltet.«⁵

Die Geschichten von Susanne Murowski und Anna Immermann öffnen den Blick auf die staatlich-offiziellen Partizipationsräume in der DDR und deren eigensinnige Aneignung durch die Bürgerinnen und Bürger. Dieses Spannungsfeld ist Thema des vorliegenden Sammelbandes, der auf einer Tagung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Oktober 2019 basiert.

Die titelgebende Formulierung »Gesellschaft als staatliche Veranstaltung« stammt ursprünglich aus einem anderen Forschungskontext. Der Tübinger Osteuropahistoriker Dietrich Geyer hat 1975 einen Schlüsselaufsatz zum vorrevolutionären Russland veröffentlicht, in dem er die vieldiskutierte These aufstellte, Katharina II. habe den Provinzadel allein deshalb veranlasst, nach preußischem Vorbild Standeskorporationen zu gründen, um diese anschließend für die Etablierung einer staatlichen Verwaltung heranzuziehen. Während in Preußen eigenständige Standeskorporationen in »Veranstaltungen des Staates« transformiert wurden, seien diese in Russland überhaupt erst als »Veranstaltungen des Staates« gegründet worden. »Gesellschaft« sei deshalb in Russland von Beginn an eine »staatliche Veranstaltung« gewesen, und bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts seien Gesellschaft und Staat auch nicht auseinandergetreten.⁶ Über Geyers weitreichende Interpretation der russischen Geschichte diskutiert die Forschung bis heute. Diese Debatte erinnert zugleich an die Kontroverse über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in der DDR in den frühen 1990er Jahren. Auch hier ging es um die Frage, ob es in der SED-Diktatur eine eigenständige, vom Staat abgrenzbare Gesellschaft gab oder diese eine vom Staat gelenkte Veranstaltung war. Inzwischen besteht in der Forschung Konsens, dass in der DDR eine Gesellschaft eigener Art existierte, die sich im Wechselspiel zwischen dem politischen Primat der SED und dem sozialen Eigenleben der Akteure konstituierte.⁷ Ungeklärt bei der staatssozialistischen Gesellschaft ist aber bislang die Rolle der von der SED geschaffenen Strukturen und Organisationen, die auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der DDR zielten. An dieser Stelle setzt der vorliegende Sammelband an. Er folgt der

5 Ebd., S. 518.

6 DIETRICH GEYER: »Gesellschaft« als staatliche Veranstaltung. Sozialgeschichtliche Aspekte des russischen Behördenstaats im 18. Jahrhundert. In: DERS. (Hrsg.): Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Russland. Köln 1975, S. 20–52.

7 Siehe den Beitrag von Jörg Ganzenmüller in diesem Band.

These, dass die offiziellen Partizipationsräume nicht nur staatliche Steuerungsinstanzen, sondern auch Vergesellschaftungskerne darstellten.

Gesellschaftlichem und politischem Engagement waren in der DDR enge Grenzen gesetzt. Die SED tolerierte nur jenen Einsatz, der in den parteistaatlichen Strukturen stattfand und damit ihrer Steuerung unterlag. Zu diesen Räumen gehörten die »sozialistischen Volksvertretungen«, die Staatspartei selbst, die anderen Blockparteien, die Massenorganisationen sowie die Wettbewerbe der Nationalen Front. Engagierten sich Bürgerinnen und Bürger in unabhängigen Initiativen, mussten sie mit ernststen Konsequenzen rechnen. Gleichzeitig war passives Verhalten auch suspekt, vielmehr erwartete die SED von den Menschen, dass sie die Beteiligungsangebote annahmen. Vor diesem Hintergrund schloss sich ein Großteil von ihnen einer oder mehreren Organisationen an, rein statistisch kam jede Person in der DDR auf durchschnittlich 2,8 Mitgliedschaften.⁸ Ohne Zweifel sollte man diese Zahl nicht mit tatsächlichem Engagement gleichsetzen. Gleichwohl löst sich der vorliegende Band von der wirkmächtigen Deutung, nachdem viele nur Alibizugehörigkeiten in der »Organisationsgesellschaft« (Detlef Pollack) gepflegt hätten.⁹ Vielmehr zeigen die hier versammelten Beiträge, dass die Mitglieder den Organisationen noch andere Bedeutungen zuschrieben, etwa das Erleben von Gemeinschaft wie im Fall von Anna Immermann. Zugleich arbeitet der Band die Mehrdeutigkeiten von Handlungen heraus und erhellt so, warum Bürgerinnen und Bürger auf die staatlichen Beteiligungsangebote eingingen. Außerdem verdeutlicht er, dass dieser systemstabilisierende Eigen-Sinn in den 1980er Jahren an seine Grenzen geriet und die Menschen substantziellere Mitsprache forderten, was zur Erosion der SED-Herrschaft wesentlich beitrug.

1. Forschungsstand

Die staatlichen Partizipationsräume in der DDR haben lange ein Schattendasein in der historischen Forschung gefristet. Eine Ausnahme bildeten die Beteiligungsformen im Betrieb.¹⁰ Die mangelnde Aufmerksamkeit hat sich zum einen

8 THOMAS KOCH: Die Parteien und Massenorganisationen der DDR als Sozialisationsinstanzen. In: GERD-RÜDIGER STEPHAN U. A. (Hrsg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Berlin 2002, S. 116–142, hier S. 117.

9 DETLEF POLLACK: Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. In: *Zeitschrift für Soziologie* 19 (1990), S. 292–307.

10 THOMAS REICHEL: »Sozialistisch arbeiten, lernen und leben«. Die Brigadebewegung in der DDR (1959–1989). Köln/Weimar/Wien 2011; RENATE HÜRTGEN: Zwischen Disziplinierung

aus der Tatsache ergeben, dass sich die Forschung entsprechend der zentralistischen Ordnung der DDR auf die Strukturen und Entscheidungen der politischen ›Spitze‹ konzentriert hat. So sind lokale Herrschafts- und Gesellschaftsverhältnisse in den Hintergrund getreten, was auch die staatlichen Beteiligungsangebote betroffen hat. Hinzu kommt die berechnete, aber einseitige Annahme, dass sich viele Menschen eher widerwillig und nur aus pragmatischen Gründen auf die Partizipationsräume einließen, allen voran um den stetig geforderten ›Loyalitätsnachweis‹ gegenüber dem System zu erbringen.¹¹ Infolge dieser Lesart sind die zahlreichen Organisationen und Wettbewerbe als leere Kulissen ohne große Bedeutung für die Menschen erschienen, deren weitere Betrachtung sich nicht sonderlich lohne.

Doch seit ein paar Jahren erfahren die ›Räume des Mitmachens‹ (Thomas Lindenberger) eine größere Beachtung.¹² Zum Ersten speist sich der Wandel aus einem stärkeren Interesse an lokalen Herrschaftsverhältnissen. Eine wichtige Rolle spielt hier die Forschung zu den Handlungsmöglichkeiten von Kommunen in der Ordnung des ›Demokratischen Zentralismus‹. Als Sonde dient häufig die Wohnungspolitik, bei der auch die Einbeziehung der Bevölkerung beleuchtet wird.¹³ Zum Zweiten hat die Beschäftigung mit den Blockparteien CDU und LDPD wieder an Auftrieb gewonnen. Nachdem lange die Gründungs- und Transformationsphase der beiden Parteien das Forschungsinteresse dominiert hat, steht nun deren Geschichte zwischen Mauerbau und Mauerfall im Mittelpunkt. Neben der politischen Handlungspraxis betrachten neuere Studien das Innenleben der Parteien, wobei sie sich auf die Sicht und Erfahrungen der ›einfachen‹ Mitglieder

und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb. Köln/Weimar/Wien 2005; SABINE PANNEN: Wo ein Genosse ist, da ist die Partei! Der innere Zerfall der SED-Partei-basis 1979–1989 (Kommunismus und Gesellschaft, 7). Berlin 2018.

11 PETER HÜBNER: Zur Rolle der ›Massenorganisation‹ im Alltag der DDR-Bürger. In: DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission ›Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‹, Band 2/3. Baden-Baden/Frankfurt am Main, S. 1723–1769, hier S. 1760 f.; Kritik an dieser Deutung übt THOMAS LINDENBERGER: Das Land der begrenzten Möglichkeiten. Machträume und Eigen-Sinn der DDR-Gesellschaft. In: *Deutschland Archiv*, 10. 08. 2016. Abgerufen unter URL: www.bpb.de/232099, letzter Zugriff: 09. 05. 2022.

12 LINDENBERGER: Das Land der begrenzten Möglichkeiten (wie Anm. 11).

13 STEFAN HAAS: ›Wir bauen Wohnungen‹. Bürgerbeteiligung in der DDR am Beispiel der Wohnungsbaupolitik in den 1950er Jahren. In: THOMAS GROSSBÖLTING (Hrsg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand. Berlin 2009, S. 250–268; CHRISTIAN RAU: Stadtverwaltung im Staatssozialismus. Kommunalpolitik und Wohnungswesen in der DDR am Beispiel Leipzigs (1957–1989). Stuttgart 2017; JAY ROWELL: Le totalitarisme au concret. Les politiques du logement en RDA. Paris 2006.

konzentrieren.¹⁴ Dass sich die Forschung intensiver mit den staatlichen Beteiligungsangeboten auseinandersetzt, resultiert zum Dritten aus der Konjunktur kulturalistischer Themen wie Heimat, Identität und Umwelt im Staatssozialismus. Grundlegend in diesem Bereich ist die Studie von Jan Palmowski über Heimat im DDR-Alltag.¹⁵ Darin zeigt er auf, dass Bürgerinnen und Bürger die staatlich-offiziellen Strukturen wie Kulturbund und den ›Mach-mit!‹-Wettbewerb der Nationalen Front aktiv nutzten, um beispielsweise heimische Traditionen zu pflegen. Dieser Zugang findet sich ebenfalls bei jüngeren Arbeiten zur Umweltgeschichte der DDR. Diese berücksichtigen nicht nur die unabhängigen, oftmals systemkritischen Gruppen, sondern betrachten ebenfalls das bürgerliche Engagement in den staatlichen Partizipationsräumen.¹⁶ Ein weiterer, vierter Impuls stammt aus der zunehmenden Historisierung der Zeit nach dem Ende der DDR im Oktober 1990. Um das Verhältnis von Brüchen und Kontinuitäten in der »Übergangsgesellschaft« in Ostdeutschland auszuloten, nimmt die Forschung auch die Entwicklung vor 1989 in den Blick.¹⁷ Ein Beispiel für diesen Zugriff ist die Geschichte von Bürgergruppen zum Erhalt von Altbauten in ostdeutschen Städten in der späten DDR.¹⁸

14 BERTRAM TRIEBEL: Die Thüringer CDU in der SBZ/DDR – Blockpartei mit Eigeninteresse. Sankt Augustin/Berlin 2020; TILMAN POHLMANN (Hrsg.): Die LDPD und das sozialistische »Mehrparteiensystem« in der DDR (Berichte und Studien, 81). Göttingen 2020; LUISE GÜTH: Die Blockparteien im SED-System der letzten DDR-Jahre. Wahrnehmung und Partizipation am Beispiel des Bezirks Rostock. Baden-Baden 2018.

15 JAN PALMOWSKI: Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag (Kommunismus und Gesellschaft, 4). Berlin 2016.

16 TOBIAS HUFF: Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR (Umwelt und Gesellschaft, 13). Göttingen 2015; CHRISTIAN MÖLLER: Umwelt und Herrschaft in der DDR. Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 234). Göttingen 2019; ANNE-KATHRIN STEINMETZ: Landeskultur, Stadökologie und Umweltschutz. Die Bedeutung von Natur und Umwelt 1970 bis 1989. Eine deutsch-deutsche Betrachtung. Berlin 2017.

17 Der zitierte Begriff geht zurück auf die Ausstellung *Alltag Einheit. Porträt einer Übergangsgesellschaft* erarbeitet vom Deutschen Historischen Museum und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit 2015, vgl. JÜRGEN DANYEL: Alltag Einheit: Ein Fall fürs Museum. In: *APuZ* 33–34 (2015), S. 26–35, hier S. 30.

18 Siehe den Beitrag von Anja Schröter in diesem Band. Die Arbeit gehörte zum Forschungsprojekt *Die lange Geschichte der Wende*, das in weiteren Studien den Wandel des Konsums, der Bildung und des Wohnens von Mitte der 1970er Jahren bis Anfang 2000 untersucht, vgl. dazu KERSTIN BRÜCKWEH/CLEMENS VILLINGER/KATHRIN ZÖLLER: Die lange Geschichte der »Wende«. In: MARCUS BÖICK/CONSTANTIN GOSCHLER/RALPH JESSEN (Hrsg.): *Jahrbuch Deutsche Einheit 2020*. Berlin 2020, S. 293–312 und DIES.: *Die lange Geschichte der »Wende«*. *Geschichtswissenschaft im Dialog*. Berlin 2020.

Die erhöhte Aufmerksamkeit für die staatlichen Partizipationsräume in der DDR geht allerdings auch mit Fehlstellen einher. Wenig Interesse hat die Forschung bislang am Innenleben zahlreicher Massenorganisationen gezeigt, insbesondere für die Zeit zwischen Mauerbau und Mauerfall. Dieser Befund gilt beispielsweise für den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) und die Volkssolidarität.¹⁹ Weitgehend nicht beachtet worden sind ebenso die Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen im ländlichen Raum in der Ära Honecker.²⁰ Während der große Einfluss der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) auf das Leben in den Dörfern bekannt ist,²¹ ist die Rolle anderer Akteure noch nicht untersucht, seien es die Gemeinderäte, die Ortsgruppen der Blockparteien und Massenorganisationen oder die Freiwilligen Feuerwehren.²² Auffällig ist zudem das Ungleichgewicht bei der Forschung zu den Blockparteien. So fehlt es nach wie vor an einer Geschichte der beiden anderen Blockparteien DBD und NDPD für die Jahrzehnte nach dem Mauerbau.²³ All diese Lücken kann der vorliegende Band nicht schließen, mit seinen Beiträgen will er aber die Forschungsneugierde gegenüber den offiziellen Partizipationsräumen in der DDR und den damit verbundenen Eigenheiten der staatssozialistischen Gesellschaft wecken.

19 So liegt zum DFD je eine Studie zu dessen Transformation in den frühen 1990er Jahren und zu dessen Kaderarbeit vor, vgl. BARBARA KOELGES: Der demokratische Frauenbund. Von der DDR-Massenorganisation zum modernen politischen Frauenverband (Studien zur Sozialwissenschaft, 214). Wiesbaden 2001 und PETRA SCHEIDT: Karriere im Stillstand? Der Demokratische Frauenbund Deutschlands im Spiegel seiner Kaderarbeit und der Kaderstrukturen seines hauptamtlichen Funktionärskorps (Historische Forschungen, 28). Stuttgart 2011.

20 Dies konstatiert (wiederholt) JENS SCHÖNE: Herrschaft durch Überwältigung. Die ländlichen Regionen der DDR. In: ANNA KAMINSKY (Hrsg.): Orte des Erinnerens. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR. Berlin ³2016 (Erstauflage 2004), S. 633–637, hier S. 636 f. und JENS SCHÖNE: Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der DDR. In: RAINER EPELMANN/BERND FAULENBACH/ULRICH MÄHLERT (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn u. a. 2003, S. 254–259, hier S. 258 f.

21 Siehe die volkswundlich angelegte Lokalstudie von BARBARA SCHIER: Alltagsleben im »sozialistischen Dorf«. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik (1945–1990). Münster 2002 und MICHAEL HEINZ: Von Mähdreschern und Musterdörfern. Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft und die Wandlung des ländlichen Lebens. Berlin 2011.

22 Erste Erkenntnisse zu den Freiwilligen Feuerwehren im Staatssozialismus verspricht das laufende Forschungsprojekt *Ehrenamtliche Tätigkeit in lokalen Gemeinden zwischen Staatssozialismus und liberalem Kapitalismus. Die Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr in Deutschland und Ostmitteleuropa 1980 und 2000* (Hannah-Arendt-Institut Dresden/Universität Wien), vgl. ANA KLADNIK u. a.: Weder Ost noch West – Zentral!(Europa!). Freiwillige Feuerwehren als nachhaltiges Muster der lokalen Selbstregierung. In: *Zeitgeschichte-online*, März 2019. Abgerufen unter URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/weder-ost-noch-west-zentraleuropa>, letzter Zugriff: 09.05.2022.

23 Siehe den Beitrag von Bertram Triebel in diesem Band.

2. Aufbau des Bandes

Diesen Forschungsimpuls greift der Band in drei Teilen auf, denen ein einführender Beitrag von Jörg Ganzenmüller vorangestellt ist, der die Potenziale einer Gesellschaftsgeschichte der DDR ausleuchtet. Er betont mit Blick auf die Herrschaftspraxis, dass sich eine klare Trennlinie zwischen Staat und Gesellschaft in der DDR kaum ziehen lässt. Da es allerdings möglich war, eigene Interessen in Aushandlungsprozessen mit der Staatsmacht geltend zu machen, war Gesellschaft keine bloße staatliche Veranstaltung, vielmehr waren Staat und Gesellschaft eng miteinander verflochten. Für eine Gesellschaftsgeschichte der DDR heißt dies, dass auch jene Akteure in den Blick genommen werden müssen, die innerhalb der staatlichen Strukturen gesellschaftliches Engagement entfalteten. Partizipation trug auch in diesem Fall zu gesellschaftlicher Integration bei, allerdings weniger in einem gesamtstaatlichen Rahmen als im sozialen Nahbereich. Vergesellschaftung erfolgte in der DDR im Modus der Vergemeinschaftung, was im Kontext von Krisenerfahrungen im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses eine affirmative Einstellung zu Gemeinschaftserlebnissen im DDR-Alltag nach sich zog.

Der erste Teil thematisiert Akteure und Formen politischer Partizipation im SED-Staat. Zunächst behandelt Sabine Pannen die SED-Parteibasis im Stahlwerk Brandenburg in der Ära Honecker. Dort diskutierten die Mitglieder in den monatlichen Parteiversammlungen weniger über allgemeine politische Fragen. Vielmehr thematisierten sie die alltäglichen Probleme innerhalb und außerhalb des Betriebes und forderten deren Lösung ein. Als im Zuge der sich verschärfenden Wirtschaftskrise die Schwierigkeiten überhandnahmen, schwand die Parteiloyalität vieler Genossinnen und Genossen. Forciert wurde diese Entfremdung durch die Öffnung gegenüber der Bundesrepublik und die Reformpolitik in der Sowjetunion. Die zunehmende Unzufriedenheit mündete schließlich in massenweise Parteiaustritte im Herbst 1989. Bertram Triebel wiederum konzentriert sich in seinem Aufsatz auf die Basis der größten Blockpartei, der CDU. Deren Mitglieder begegneten den Vorgaben der Parteiführung in eigen-sinniger Weise, wobei sie sich generell systemloyal verhielten. Über ihre Praktiken, verbunden mit Ausschlusserfahrungen in der staatssozialistischen Gesellschaft, entwickelten die »Unionsfreunde« ein besonderes Gemeinschaftsgefühl, das sie neben pragmatischen Erwägungen in der Partei hielt. Diese lokalen Gemeinschaften erodierten, als 1989/1990 mit der herrschenden Ordnung der konstitutive Rahmen zerbrach. Anschließend stellt Christian Rau am Beispiel Leipzigs die Frage, welche Rolle die Bevölkerung bei der Wohnungspolitik in der DDR spielte. Ein einflussreicher Akteur waren die alteingesessenen Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften, die ihre Wohnungen selbstbewusst nach organisationseigenen Kriterien vergaben

und politische Vorgaben ignorierten. Um den weiteren Verfall der Altbauten zu verhindern, animierte die Stadtverwaltung die Bürgerinnen und Bürger wiederum, die eigene Wohnung selbst zu sanieren. Zugleich wachten in den Häusern ältere Bewohnerinnen und Bewohner über die Einhaltung traditioneller Moralvorstellungen und kooperierten dafür auch mit Volkspolizei und Staatssicherheit. Schließlich lotet Christian Möller am Beispiel der Umweltpolitik die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Partizipationsangebote aus. So beeinflussten die Naturschützerinnen und Naturschützer in den 1960er Jahren über personelle Netzwerke und Eingaben die Gesetzgebung zum Thema Umwelt in ihrem Sinne. Als die SED unter Erich Honecker den Umweltschutz dann zunehmend vernachlässigte, versuchten die Menschen erneut über Eingaben Veränderungen zu erreichen. Da substantielle Korrekturen oft ausblieben, initiierten Bürgerinnen und Bürger eigene Gruppen jenseits der staatlichen Partizipationsräume.

Die Beiträge des zweiten Teils setzen sich mit Engagement am Rande und jenseits des SED-Staates auseinander. Mit der vielschichtigen Partizipation von Jugendlichen in der FDJ-Singebewegung beschäftigt sich Cornelia Bruhn. 1966 zunächst außerhalb staatlicher Strukturen gegründet, wurden die Musikklubs rasch in den Jugendverband integriert. In den folgenden Jahrzehnten verhielten sich die Gruppen generell staatsloyal, wobei vor allem jüngere Mitglieder in ihren Liedern auch Alltagsprobleme thematisierten. Mit der sowjetischen Reformpolitik unter Michail Gorbatschow und den zunehmend sichtbaren Missständen im eigenen Land traten schließlich die Singeklubs aus ihrer systemaffirmativen Rolle heraus und drängten offen auf Veränderungen in der DDR. Neben Musik weckten auch heimatliche Traditionen das Interesse der Menschen. Jan Scheunemann erläutert in seinem Artikel die schwierige Integration von Heimatmuseen in das entstehende Museumswesen der DDR in den 1950er Jahren. Nach Kriegsende schlossen sich die Heimatvereine relativ geräuschlos dem Kulturbund an, ohne dass die Mitglieder grundsätzlich ihre Arbeitsweise und Vorstellungen von Heimat änderten. So hatte die SED große Schwierigkeiten, ihre geschichtspolitischen Ansprüche gegenüber den Ehrenamtlichen und den von ihnen betriebenen Ausstellungen zur Lokalgeschichte durchzusetzen. Deren störrische Haltung war in der Regel nicht politisch intendiert, sondern entsprang eher einer engen Verbundenheit mit traditionellen Heimatdarstellungen aus der Zeit des 19. Jahrhunderts. Ein weiteres Schlaglicht auf die Umweltgeschichte der DDR wirft Tobias Huff, der sich mit unabhängigen Umweltgruppen in der Ära Honecker auseinandersetzt. Eine wichtige Rolle beim Aufbau entsprechender Initiativen, die zunächst jenseits der Industrieregionen – etwa im Erzgebirge – entstanden, spielten kirchliche Akteure. Sie gaben eigene Publikationen zum Thema heraus und halfen bei der Organisation von landesweiten Aktionen. Auf

diese Weise vernetzten sie sich untereinander und trugen ihre Forderungen in die Öffentlichkeit.

Der dritte und abschließende Teil behandelt den Wandel lokaler Partizipationsformen im Zuge des revolutionären Umbruchs in der DDR. Anja Schröter befasst sich anhand der Interessengemeinschaft Stadtgestaltung in Dessau mit bürgerlichem Engagement vor und nach der Zäsur von 1989/1990. Um Ende der 1980er Jahre den Erhalt eines Altbauviertels zu erreichen, nutzten die beteiligten Bürgerinnen und Bürger offensiv verschiedene, legale Aktionsformen – von einer Fotoausstellung über Eingaben an die Stadtverwaltung bis hin zu öffentlichen Veranstaltungen – und weiteten damit stetig die Grenzen des Sag- und Machbaren aus. Mit der Revolution in der DDR verlor die Interessengemeinschaft Mitglieder, blieb aber bestehen. Sie bildete den Grundstein für eine neue Initiative, die sich Anfang der 1990er Jahre weiter für den Schutz des Altbauviertels in Dessau einsetzte. Jenny Price wiederum behandelt in ihrem Beitrag die politische und wirtschaftliche Transformation vor Ort. Am Beispiel von Eisenach und Erfurt verdeutlicht sie, dass die Demokratisierung in der DDR kein Selbstläufer, sondern ein mühevoller Aushandlungsprozess war. So hatten die Parteien Schwierigkeiten, für die zahlreichen Wahlen im Jahr 1990 interessierte Kandidatinnen und Kandidaten zu finden, die als >unbelastet< galten. Zugleich waren die >neuen< Eliten beim Aufbau demokratischer Strukturen – entgegen der eigenen Ausschlussrhetorik – auf das Wissen und die Erfahrungen der >alten< Funktionärinnen und Funktionäre angewiesen. Anhand der Reaktionen lokaler Betriebe auf die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien im Frühsommer 1990 zeigt Price zudem, dass das häufig gezeichnete Bild von den Ostdeutschen als ohnmächtige Akteure im Transformationsprozess einseitig ist.²⁴ Vielmehr erlernten die Arbeiterinnen und Arbeiter rasch medien- und öffentlichkeitswirksame Protest- und Kommunikationsformen und setzten sich aktiv für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze ein.

Gemein ist allen Beiträgen, dass sie hinter die Fassade der staatlich-offiziellen Partizipationsräume blicken und das konkrete Handeln und die Sinndeutungen der Menschen ausloten. Damit zeigen sie das Potenzial einer kulturalistisch informierten Gesellschaftsgeschichte der DDR. Diese bietet allem voran die Chance, die unterschiedlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Menschen in der DDR stärker in eine belastbarere historische Deutung zu integrieren, als dies politikgeschichtliche Zugänge können. Es ist deshalb an der Zeit, durch empirische Forschung verstärkt an die bereits formulierten Fragen und Pionierstudien zur

24 Sehr pointiert bei ILKO-SASCHA KOWALCZUK: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München 2019.

Gesellschaftsgeschichte der DDR anzuschließen und über den spezifischen Charakter des Staatssozialismus sowie seine Folgen für die postsozialistische Gesellschaft in Ostdeutschland neu nachzudenken.²⁵

25 Siehe u. a. HARTMUT KAEUBLE/JÜRGEN KOCKA/HARMUT ZWAHR (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994; RALPH JESSEN: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR. In: *Geschichte und Gesellschaft* 21 (1995), S. 96–110.

Jörg Ganzenmüller

Herrschaft, Partizipation und Vergemeinschaftung

Perspektiven einer Gesellschaftsgeschichte der DDR

Staat und Gesellschaft werden in der deutschen Denktradition zumeist als Antipoden betrachtet. Gesellschaft gilt als staatsferner Raum, in dem sich Freie und Gleiche zum Ausgleich ihrer Interessen zusammenschließen.¹ Das Gesellschaftsverständnis der SED war ein anderes. Sie verstand und organisierte Staat und Gesellschaft als eine Einheit, die auf das Erreichen übergeordneter politischer Ziele ausgerichtet war. Als Aufgabe der Gesellschaft galt, die Staatsmacht bei der Erreichung gemeinsamer Ziele sowie der Lösung von Problemen zu unterstützen. Staat und Gesellschaft sollten im Konsens agieren und als eine Art Gesamtbetrieb effektiv und konfliktarm funktionieren.²

Die Historiographie hat die Beschaffenheit einer Gesellschaft, wie sie infolge dieser Prämissen in der DDR bestand, konzeptionell und begrifflich zu fassen versucht. Sigrid Meuschel ist zunächst von einem weitgehenden Absterben der Gesellschaft ausgegangen. Im Zuge eines machtpolitisch durchgesetzten sozialen Entdifferenzierungsprozesses seien die ökonomischen, wissenschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Subsysteme ihrer Eigenständigkeit beraubt und ihre spezifischen Rationalitätskriterien außer Kraft gesetzt oder politisch-ideologisch überlagert worden. Die Gesellschaft sei auf diese Weise gleichsam »stillgelegt« gewesen, die bürokratische und polizeiliche Kontrolle habe jegliche Eigendynamik erstickt.³ Konrad Jarausch hat die Kompensation dieser politischen Entmündigung

1 Zum Wandel des Gesellschaftsbegriffs siehe MANFRED RIEDEL: Artikel Gesellschaft, bürgerliche. In: OTTO BRUNNER/WERNER CONZE/REINHART KOSELLECK (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 2. Stuttgart 1975, S. 719–800.

2 Vgl. SIGHARD NECKEL: Das lokale Staatsorgan. Kommunale Herrschaft im Staatssozialismus der DDR. In: *Zeitschrift für Soziologie* 21 (1992), 4, S. 252–268, hier S. 261 ff.; LUTZ NIETHAMMER: Volkspartei neuen Typs? Sozialbiografische Voraussetzungen der SED in der Industrieprovinz. In: *Prokla* 20 (1990), S. 40–70, hier S. 65.

3 SIGRID MEUSCHEL: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Frankfurt am Main 1992, S. 10; DIES.: Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 5–14, hier S. 5 f.; LUTZ NIETHAMMER: Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR. In: HARTMUT

durch einen permanenten Gestus von sozialer Betreuung und materieller Versorgung als eine paternalistische »Fürsorgediktatur« beschrieben.⁴

Eine solchermaßen inaktive Gesellschaft entsprach allerdings nicht der Programmatik der SED. Ihr Ziel war es vielmehr, die Gesellschaft durch Kampagnen und beständige Aktivitäten ihrer Mitglieder im Rahmen betrieblicher Organisationen und gesellschaftlicher Massenorganisationen zum bereitwilligen Aufbau des Sozialismus zu mobilisieren.

Eine Variation zur Vorstellung einer abgestorbenen Gesellschaft bildete jene Deutung, welche die DDR-Gesellschaft als vom Staat ermöglicht, durchformt und abhängig beschrieb. Der Staat sei bis in die feinsten Verästelungen einer »durchherrschten Gesellschaft« vorgedrungen, es habe keinen politikfreien Raum gegeben.⁵ Der SED-Staat wird als Krake gezeichnet, »dessen Tentakel sich noch in den letzten Winkel sozialer Existenz erstreckten und verhinderten, dass sich irgendeine Art von »Zivilgesellschaft« jenseits der Reichweite und Kontrolle des Staates entwickelte und gedieh.«⁶ Dieses Bild der institutionellen Durchdringung von Staat, Justiz, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft mit einem Institutionengeflecht, das hierarchisch auf die SED ausgerichtet war, spiegelt zuvorderst deren Herrschaftsanspruch sowie die Struktur der Herrschaftsapparate wider, die geschaffen wurden, um die staatlichen Postulate bis auf die unterste Ebene sozialer Beziehungen im Betrieb, im Wohngebiet und in der Familie durchzustellen. Doch inwieweit lässt sich von einem allumfassenden Herrschaftsanspruch auf eine lückenlose staatliche Kontrolle der Gesellschaft schließen?

Inzwischen besteht weitgehend Einigkeit darin, dass die Herrschaftsstrukturen und das »Durchherrschungs-Programm«⁷ nicht die soziale Praxis der Herrschaftsausübung abbilden: »Kein soziopolitischer Krake, wie allumfassend seine Absichten auch seien mögen, kann in der Praxis wirklich allgegenwärtig sein. Der

KAELBLE/JÜRGEN KOCKA/HARTMUT ZWAHR (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 95–115, hier S. 114.

4 KONRAD JARAUSCH: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR. In: *APuZ* 20 (1998), S. 33–46.

5 JÜRGEN KOCKA: Eine durchherrschte Gesellschaft. In: KAELBLE U. A. (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR (wie Anm. 3), S. 547–553, hier S. 548 ff.; DETLEF POLLACK: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen? In: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1988), S. 110–131, hier S. 115.

6 MARY FULBROOK: Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: RICHARD BESSEL/RALPH JESSEN (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996, S. 274–297, hier S. 291.

7 THOMAS LINDENBERGER: Alltagsgeschichte und ihr möglicher Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: BESSEL/JESSEN (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur (wie Anm. 6), S. 298–325, hier S. 314.

Versuch totaler Kontrolle und totaler Anpassung war unweigerlich zum Scheitern verurteilt.«⁸ Die Gleichzeitigkeit eines weitreichenden staatlichen Steuerungsanspruchs und die Begrenztheit der administrativen Regelungsmechanismen aufgrund individueller Strategien des Ausweichens und Unterlaufens zählt fraglos zur konstitutiven Widersprüchlichkeit der DDR.⁹

Die »Grenzen der Diktatur«, die gerade durch das Scheitern einer totalen Vereinnahmung der Gesellschaft durch den Staat sichtbar wurden, haben den Blick auf die informellen Netzwerke, welche den Alltag in der DDR prägten, gelenkt.¹⁰ In der öffentlichen Debatte wird die DDR dabei immer noch als eine »Nischengesellschaft« gezeichnet. Der Begriff geht auf Günter Gaus zurück, der bereits 1981 in den »gesellschaftlichen Nischen« den unzerstörbaren Rest einer Kulturgesellschaft sah, die den Eingriffen des Staats resistent gegenüberstand.¹¹ Gaus' häufig zitiertes Konzept koppelt die Alltagskultur und die Lebenswelten der Bevölkerung vom staats- und parteiöffentlichen Leben ab und unterscheidet strikt zwischen öffentlicher Staatsgesellschaft und privater Gesellschaft. *Gesellschaft* erscheint hier als eine Sphäre jenseits des Staates, die sich in Konfrontation zu einer in alle Lebensbereiche ausgreifenden Staatsmacht befindet. Thomas Lindenberger hat deshalb bereits im fünften Jahr der deutschen Einheit dafür plädiert, das Augenmerk nicht auf das »Verschwinden von Gesellschaft« zu richten, sondern zu versuchen, die sozialen Beziehungen »an den Grenzen und jenseits der Grenzen des umfassenden staatssozialistischen Zugriffs auszumachen«.¹²

Inzwischen hat sich die Deutung von Ralph Jessen weitgehend durchgesetzt, der ebenfalls schon früh auf den Unterschied zwischen staatlicher Intention und Herrschaftspraxis hingewiesen hat. Er sieht das Spezifische der DDR-Gesellschaft in der Wechselwirkung von politischem Steuerungsanspruch und sozialem Eigenleben. Der ideologisch motivierte Umbau der Gesellschaft musste mit der Gewährleistung und Steigerung der Leistungsfähigkeit einer staatlich gesteuerten Wirtschaft in Einklang gebracht werden. Dabei standen sich die ökonomischen Ziele und das sozialistische Projekt regelmäßig gegenseitig im Wege. Die Folge

8 FULBROOK: Methodologische Überlegungen (wie Anm. 6), S. 292.

9 POLLACK: Konstitutive Widersprüchlichkeit (wie Anm. 5), S. 113 f. Siehe dazu auch das Resümee von JOHANNES HÜRTER/HERMANN WENTKER: Diktaturen im 20. Jahrhundert. Überlegungen zu einem zeithistorischen Forschungsfeld. In: DIES. (Hrsg.): Diktaturen. Perspektiven der zeithistorischen Forschung. Berlin/Boston 2019, S. 7–29, hier S. 24 f.

10 RICHARD BESSEL/RALPH JESSEN: Einleitung: Die Grenzen der Diktatur. In: DIES. (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur (wie Anm. 6), S. 7–23, hier S. 15 f.

11 GÜNTER GAUS: Zur Identität der deutschen Nation – zur jüngsten Geschichte der Deutschen und ihrer Staaten. In: DERS.: Texte zur deutschen Frage. Darmstadt/Neuwied 1981, S. 32.

12 LINDENBERGER: Alltagsgeschichte (wie Anm. 7), S. 312.

war eine systembedingte Überforderung, welche im Alltag mit Pragmatismus kompensiert wurde. Die Leistungslücken wurden durch soziale Beziehungen überbrückt, die sich zu informellen Netzwerken auswuchsen. Richtete man den Fokus auf die funktionalen Ziele der SED, so kämen sehr viel stärker diese ausgleichenden und kompensatorischen Kräfte in den Blick.¹³

Alle diese Deutungen werfen eine Reihe grundsätzlicher Probleme auf, die es für einen gesellschaftsgeschichtlichen Zugang zur »DDR als Geschichte«¹⁴ zu bedenken gilt. An erster Stelle steht das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Ein gewichtiger Teil der Forschung geht inzwischen von einer engen Verflechtung von Staat und Gesellschaft im Staatssozialismus aus.¹⁵ Allerdings mangelt es noch an empirischen Studien zur Interaktion von Staat und Gesellschaft in der sozialen Praxis. So gelten die Parteien und Massenorganisationen noch zu oft als staatliche Herrschaftsinstrumente oder leere Kulissen einer Scheinpartizipation anstatt als Handlungsebenen für eine spezifische Form der Vergesellschaftung. Inwieweit waren diese parteistaatlichen Institutionen Orte einer Vergesellschaftung? Unter welchen Bedingungen und in welcher Weise fand eine Vergesellschaftung dort statt?

Zweitens sind gesellschaftliche Akteure in ihrem Handeln ernst zu nehmen. Engagement innerhalb der staatlichen Strukturen speiste sich häufig aus Anpassung oder »missmutiger Loyalität«,¹⁶ konnte aber auch auf Überzeugung in der Sache basieren oder der Verfolgung eigener Interessen dienen. Inwieweit lässt sich Engagement für die DDR als gesellschaftliche Partizipation verstehen? Gab es eine soziale Eigendynamik im Rahmen der staatlich vorgegebenen Grenzen, die sowohl zur Integration in die SED-Diktatur als auch zur Desintegration gesellschaftlicher Milieus beitragen konnte?¹⁷

13 Vgl. RALPH JESSEN: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR. In: *Geschichte und Gesellschaft* 21 (1995), S. 96–110, hier S. 102–105.

14 ALF LÜDTKE: Die DDR als Geschichte. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36 (1998), S. 3–16.

15 Vgl. FRANK BAJOH: Gesellschaft in Diktaturen. In: HÜRTER/WENTKER (Hrsg.): *Diktaturen* (wie Anm. 9), S. 47–57, hier S. 47 f. Siehe auch den Kommentar von MARY FULBROOK zu diesem Aufsatz in: ebd., S. 58–64, hier S. 58.

16 ALF LÜDTKE: »Helden der Arbeit« – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR. In: KAELBLE U. A. (Hrsg.): *Sozialgeschichte der DDR* (wie Anm. 3), S. 188–213.

17 Thomas Lindenberger sieht in der DDR keine soziale Eigendynamik, die sich auf das sozialistische Gesellschaftsmodell zubewegt habe, da die meisten DDR-Bürgerinnen und Bürger »ihrem« Staat allenfalls »widerwillig-loyal« zugetan gewesen seien, vgl. THOMAS LINDENBERGER: Die Diktatur der Grenzen. In: DERS.: *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*. Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13–44, hier S. 27.

Und drittens bedarf es der Analyse von Vergesellschaftungsprozessen in einer Diktatur, in der den Herrschenden interessengeleitete Zusammenschlüsse von Menschen suspekt waren und möglichst unterbunden werden sollten. Wie verliefen Vergesellschaftungsprozesse im konkreten Einzelfall? Inwieweit lässt sich in diesen Fällen überhaupt von Vergesellschaftung sprechen?

1. Staat und Gesellschaft?

Eine verflochtene Herrschaftsbeziehung

Staat und Gesellschaft stehen stets in einer engen Wechselbeziehung, eine klare Grenzziehung zwischen beiden ist generell ein unmögliches Unterfangen.¹⁸ Die Beziehung von Staat und Gesellschaft war in der DDR ein asymmetrisches Herrschaftsverhältnis. Die SED stellte Ordnung nicht durch einklagbare Rechte, sondern durch Regeln her, die für die Herrschenden selbst nicht verbindlich waren und von ihnen auch jederzeit geändert werden konnten. Diese Regeln setzten Grenzen und definierten die Handlungsspielräume staatlicher wie gesellschaftlicher Akteure. Der totale Herrschaftsanspruch ist allerdings nicht mit der sozialen Realität gleichzusetzen. Max Weber hat Herrschaft einst als »die Chance« definiert, »für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden«.¹⁹ Alf Lüdtke hat sich gegen eine solche eindeutige Trennung in Herrschende und Beherrschte ausgesprochen. Auch Herrschende befänden sich mitunter in Abhängigkeiten, so dass die Beherrschten mehr als passive Adressatinnen und Adressaten von Befehlen seien. Außerdem existierten Ungleichheiten und Widersprüche sowohl zwischen den Herrschenden als auch den Beherrschten.²⁰ In der Geschichtswissenschaft besteht heute weitgehend Einigkeit darin, dass die alltägliche Herrschaftspraxis nicht nur durch Zwang nach dem Schema »Befehl und Gehorsam« stattfand, sondern in komplexen Kommunikations- und Interaktionsprozessen. Die Herrschenden gewannen auf die lokale Ebene nur Einfluss, wenn ihre Anordnungen und Befehle von den Angesprochenen wahrgenommen und umgesetzt wurden. Alf Lüdtke verwendet

18 HANS-ULRICH WEHLER: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 5 Bde., Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815. München 1987–2008, S. 7 f.

19 MAX WEBER: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 1972, S. 38.

20 ALF LÜDTKE: Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis. In: DERS. (Hrsg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien. Göttingen 1991, S. 9–63, hier S. 12 ff.

in seinen kulturalanthropologisch inspirierten Ansätzen für diesen Adaptionsvorgang den Begriff der ›Aneignung‹:

Herrschaft mischt sich [...] weniger mit offenem Widerstehen als mit Hinnehmen, Ausweichen und Ausnutzen. Zwang schließt Momente von Konsens nicht aus – Stabilität enthält Ansätze zur Umwälzung (und umgekehrt). Erkennbar werden jene Mehrdeutigkeiten, die aus den Aneignungen der Betroffenen erwachsen. Nicht nur Zwänge und Zumutungen aus ›Befehlsgewalt‹ (Weber), sondern auch die Gewalt, die aus Anreizen und Verlockungen [...] entsteht: So unterschiedlich sie sind, so sehr werden sie dennoch ›wirklich‹ nur in den Formen, in denen die Angesprochenen sie wahrnehmen und umsetzen.²¹

Herrschaft ist somit ein Aushandlungsprozess, im Zuge dessen Anordnungen durch die Betroffenen interpretiert und an die jeweiligen Verhältnisse angepasst werden.²² Es greift deshalb zu kurz, wenn man die SED-Diktatur als eine Form der Herrschaft beschreibt, die alle Bereiche des sozialen Lebens in der DDR durchdrungen habe und alle staatlichen sowie gesellschaftlichen Akteure nur kleine Rädchen in einem Getriebe gewesen seien. Vielmehr sind Machträume und Herrschaftsverhältnisse näher und jeweils konkret und quellenbasiert auszuloten. Es ist nach der Reichweite des SED-Staats bzw. den Handlungsmöglichkeiten jener Bürgerinnen und Bürger zu fragen, die keinen unmittelbaren Zugang zu staatlichen Machtressourcen hatten, aber doch um ihre Rechte wussten.²³ Ein praxeologisches Verständnis von Herrschaft nimmt die handelnden Akteure in den Blick und beleuchtet den Zusammenhang von Strukturen, die Handeln gleichermaßen ermöglichen und beschränken, sowie die strukturierenden Folgen sozialen Handelns.²⁴ Auf diese Weise stehen nicht nur die Kontroll- und

21 Ebd., S. 13 f. (Hervorhebungen im Original). Zum Forschungspotenzial einer Alltagsgeschichte, die nach Formen und Praxen der Aneignung fragt, siehe ALF LÜDTKE: Einleitung: Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte? In: DERS. (Hrsg.): *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*. Frankfurt am Main/New York 1989, S. 9–46, hier S. 12 f.

22 ALF LÜDTKE: *Alltagsgeschichte: Aneignung und Akteure. Oder – es hat noch kaum begonnen!* In: *Werkstatt Geschichte* 17 (1997), S. 83–91, hier S. 85; DERS.: *Geschichte und Eigensinn*. In: BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT (Hrsg.): *Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte*. Münster 1994, S. 139–153, hier S. 146 f. Mit Blick auf die Verhältnisse in der DDR: LINDENBERGER: *Alltagsgeschichte* (wie Anm. 7), S. 315.

23 THOMAS LINDENBERGER: *Das Land der begrenzten Möglichkeiten. Machträume und Eigensinn der DDR-Gesellschaft*. In: *Deutschland Archiv*, 10. 08. 2016. Abgerufen unter URL: www.bpb.de/232099, letzter Zugriff: 09. 05. 2022.

24 THOMAS WELSKOPP: *Der Mensch und die Verhältnisse. »Handeln« und »Struktur« bei Max Weber und Anthony Giddens*. In: THOMAS MERGEL/THOMAS WELSKOPP (Hrsg.):

Repressionsmechanismen im Fokus, sondern die Vielfalt informeller und indirekter Formen von Herrschaft und damit auch jene Institutionen, in denen die Apparate und Funktionäre der Bevölkerung im Alltag gegenübertraten.²⁵

Die soziale Praxis von Herrschaft lässt sich nur mit einem mikrohistorischen Blick auf lokalen Ebenen untersuchen. Dort fanden Aushandlungsprozesse sowohl zwischen der Machtzentrale in Ost-Berlin und den Behörden des Kreises als auch zwischen kommunaler Verwaltung und der Bevölkerung statt. In einer »Arbeitsgesellschaft«²⁶ wie der DDR hatten die ansässigen Betriebe und ihre Betriebsdirektoren großen Einfluss. Mit ihren betrieblichen Sozial- und Kulturfonds, ihren Bauabteilungen und ihren Sonderleistungen für Infrastrukturmaßnahmen stellten sie entscheidende Ressourcen für die kommunale Entwicklung bereit und waren deshalb ein machtvoller Akteur, demgegenüber die örtlichen Verwaltungen häufig als Bittsteller auftreten mussten.²⁷ Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften, die von ansässigen Betrieben oder Institutionen getragen wurden, vertraten die Interessen ihrer Klientel auch gegen politische Leitlinien und in Auseinandersetzung mit staatlichen Behörden.²⁸ Blickt man auf die Betriebsebene, so fällt die relativ starke Verhandlungsmacht der Arbeiterschaft auf, die vielfach auch eine Folge der Erfahrungen des 17. Juni 1953 und der in der SED tief sitzenden Angst vor einem Protest der Arbeiterinnen und Arbeiter war.²⁹ Die Grundorganisationen der SED fungierten hier als Vermittler zwischen Parteiführung und der Belegschaft. Sie konnten Herrschaft nicht durchsetzen, sondern allenfalls die aktuelle Parteilinie erklären, sich als Problemlöser engagieren und als Adressat für angestauten Frust anbieten. Die Grundorganisationen der SED lassen sich somit nicht eindeutig verorten, sie waren weder staatlicher noch

Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte. München 1997, S. 39–70; DERS.: Die Dualität von Struktur und Handeln. Anthony Giddens' Strukturierungstheorie als »praxeologischer« Ansatz in der Geschichtswissenschaft. In: ANDREAS SUTER/MANFRED HETTLING (Hrsg.): Struktur und Ereignis. Göttingen 2001 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 19), S. 99–119.

25 LINDENBERGER: Die Diktatur der Grenzen (wie Anm. 17), S. 23.

26 LÜDTKE: Die DDR als Geschichte (wie Anm. 14), S. 7.

27 NECKEL: Das lokale Staatsorgan (wie Anm. 2), S. 257 f.

28 Vgl. CHRISTIAN RAU: Stadtverwaltung im Staatssozialismus: Kommunalpolitik und Wohnungswesen in der DDR am Beispiel Leipzigs (1957–1989). Stuttgart 2017, S. 285–292. Siehe auch den Beitrag von Christian Rau in diesem Band.

29 Vgl. FRANCESCA WEIL: Herrschaftsanspruch und soziale Wirklichkeit. Zwei sächsische Betriebe in der DDR während der Honecker-Ära. Köln/Weimar/Wien 2000; RENATE HÜRTGEN: Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb. Köln/Weimar/Wien 2005. Zur Relevanz des 17. Juni für die Wahrnehmung der Arbeiterschaft durch die SED vgl. LUTZ NIETHAMMER: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. Berlin 1991, S. 54–58.

gesellschaftlicher Akteur, sondern hatten eine Transmissionsfunktion, welche die Kommunikation zwischen der Parteiführung und den politisch nicht organisierten Bevölkerungsteilen regeln sollte.³⁰

Inwieweit war eine Gesellschaft, die staatlich verfasst und eng mit staatlichen Strukturen verflochten war, lediglich eine »staatliche Veranstaltung«?³¹ Zweifellos gab es einen Arkanbereich politischer Herrschaft, der den meisten Menschen nicht zugänglich war. Doch der Grenzverlauf zwischen den Arenen exklusiver SED-Herrschaft und dem sozialen Nahbereich war nicht immer eindeutig.³² Formelle und informelle Strukturen griffen ineinander, so dass die Grenzen immer wieder neu ausgelotet werden mussten und zum Teil auch modifiziert werden konnten.³³ Gesellschaft konstituierte sich in der DDR, indem die Menschen politische Konformität mit der Verfolgung eigener Interessen, der Wahrnehmung sozialer Chancen und dem Aufbau sozialer Netzwerke verbanden. Ein konstituierendes Element dieser Gesellschaft war die marktwirtschaftlich funktionierende Schattenwirtschaft, die staatsunabhängig war und zugleich doch von staatlichen Ressourcen lebte sowie staatliche Akteure mit einbezog.³⁴ Und diese ließen sich nicht nur bereitwillig einbeziehen, sondern nutzten ihre staatliche Stellung aktiv und kreativ zur Selbstbereicherung.³⁵ Zwischen der allzuständigen Partei und der kommunalen Gesellschaft entstand ein dichtes Netzwerk klientelistischer Beziehungen. Loyalität und Partizipation wurden gegen

30 Vgl. SABINE PANNEN: *Wo ein Genosse ist, da ist die Partei! Der innere Zerfall der SED-Partei-basis 1979–1989*. Berlin 2018. Siehe auch den Beitrag von Sabine Pannen in diesem Band. Im Hinblick auf spezifische Milieus hatten auch die anderen Blockparteien eine vergleichbare Transmissionsfunktion, vgl. SIEGFRIED SUCKUT: *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen*. In: JÜRGEN WEBER (Hrsg.): *Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur*. München 1994, S. 99–199, hier S. 120.

31 Hier liegt die Definition von »staatlicher Veranstaltung« von Dietrich Geyer zugrunde, die dieser im Kontext der russischen Geschichte vorgenommen hat, vgl. DIETRICH GEYER: »Gesellschaft« als staatliche Veranstaltung. Sozialgeschichtliche Aspekte des russischen Behördenstaats im 18. Jahrhundert. In: DERS. (Hrsg.): *Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Russland*. Köln 1975, S. 20–52. Siehe dazu auch die Einleitung in diesem Band.

32 LINDENBERGER: *Diktatur der Grenzen* (wie Anm. 17), S. 31.

33 DETLEF POLLACK: *Sozialstruktur und Mentalität in Ostdeutschland*. In: *Archives européennes de sociologie* 32 (1991), S. 381–391, hier S. 384.

34 DOROTHEE WIERLING: *Die DDR als Fall-Geschichte*. In: ULRICH MÄHLERT (Hrsg.): *Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema*. Berlin 2016, S. 205–213, hier S. 210.

35 So zum Beispiel die Volkspolizisten an der Transitautobahn, die ihren Lebensalltag durch freiwillige oder erpresste »Geschenke« bei der Kontrolle von westdeutschen Transitreisenden aufbesserten. Vgl. AXEL DOSSMANN: »Wer ist wer?« Feindaufklärung an den Transitautobahnen in der DDR. In: *traverse* 11 (2004), S. 85–99, hier S. 90 f.

knappe Ressourcen und soziale Bevorzugung getauscht. Persönliche Beziehungen substituieren sachliche Funktionsmängel, informelle Lösungen zog man bürokratischen Verfahren vor. Die staatliche wurde somit eng mit der privaten Sphäre verwoben. Die fehlende Trennung von Staat und Gesellschaft reichte bis tief in den Alltag der Menschen hinein.³⁶

Wenn man vor dem Hintergrund dieser engen Verflechtung von Staat und Gesellschaft nach einer Gesellschaft jenseits des Staates fragt, dann wird man zwangsläufig nur auf jene Akteure stoßen, die sich mit ihrem Engagement bewusst und unter Inkaufnahme der zum Teil harten Konsequenzen vom Herrschaftsanspruch der SED distanzieren. Oppositionsgruppen und die seit den 1970er Jahren aufkommende Bürgerrechtsbewegung entsprechen am ehesten dem Idealtyp einer Gesellschaft als staatsfernem Raum. Allerdings zählte nur ein sehr kleiner Teil der DDR-Bevölkerung zu diesen Gruppen. Ein sozialanthropologischer Blick auf die DDR-Gesellschaft sollte sich deshalb nicht nur auf die Widerspenstigkeit der Dissidenz richten, weil er sonst in einer Ethnologie der Unangepasstheit steckenbliebe – wie Lutz Niethammer zu bedenken gegeben hat.³⁷ Wenn man darüber hinaus gesellschaftliche Partizipation in den Blick bekommen möchte, dann muss man nach Möglichkeiten und Formen der Teilhabe innerhalb oder am Rande staatlicher Strukturen fragen, also in den Parteien, in den Massenorganisationen und auch innerhalb der staatlichen Behörden. Hier stößt man auf Grenzgänger, die sowohl im Staat als auch in der Gesellschaft agierten. Sie vermittelten beiderseits der Grenze und versuchten zugleich ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger von Grenzverletzungen abzuhalten.³⁸ Im betrieblichen Alltag transportierten etwa die Vertrauensleute des FDGB Herrschaftsanliegen und vertraten Belegschaftsinteressen gleichermaßen: Sie waren für ein gutes Betriebsklima verantwortlich, pufferten Konflikte ab, leiteten die Stimmung der Mitglieder weiter und wurden mitunter zu Disziplinierungsmaßnahmen herangezogen. Es ist schlechterdings nicht möglich, sie unter diesen Bedingungen klar *dem* Staat oder *den* Arbeitskollektiven bzw. *der* Belegschaft zuzuordnen.³⁹

Selbst ein Dorfpolizist versah seinen Dienst tendenziell in Übereinstimmung sowohl mit den staatlichen Vorgaben als auch den Vorstellungen der Dorfgemeinschaft, da er selbst einen Alltag in dieser Gemeinschaft hatte. Die SED beklagte sich infolgedessen regelmäßig über das »Versöhnlerturn«, das unter

36 NECKEL: Das lokale Staatsorgan (wie Anm. 2), S. 259 und S. 262.

37 LUTZ NIETHAMMER: Einleitung. In: DERS./ROGER ENGELMANN (Hrsg.): Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression. Ein Kulturkonflikt der späten DDR. Göttingen 2014, S. 7–54, hier S. 40.

38 LINDENBERGER: Die Diktatur der Grenzen (wie Anm. 17), S. 34.

39 Vgl. HÜRTGEN: Zwischen Disziplinierung und Partizipation (wie Anm. 29), S. 324.